

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 101 (2021)
Heft: 1085

Artikel: Gemeinschaftshemmende Gemeinsamkeiten: "... Europäer sein hingegen sehr" : kommentiert von Christa Markwalder
Autor: Bondy, François / Markwalder, Christa
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-958182>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

François Bondy

Gemeinschaftshemmende Gemeinsamkeiten: «... Europäer sein hingegen sehr»

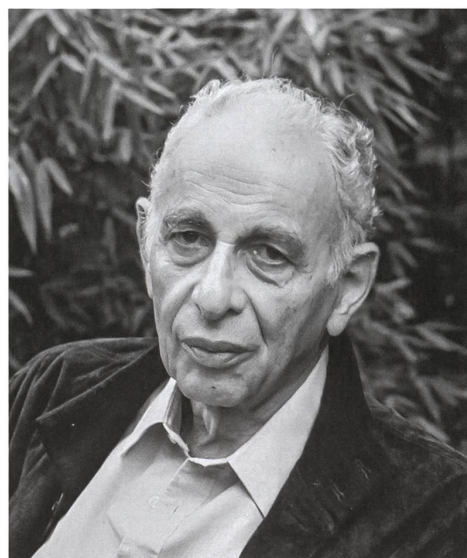
Erschienen in Heft 11, Band 59, 1979.

1970er | Europäische Integration

Mit der Erweiterung der EG werden demnächst die Griechen, Spanier, Portugiesen ihr bedeutendes sprachliches Erbe geltend machen. Manche deutschen Bildungspolitiker empfehlen, dass in den Schulen drei bis vier Fremdsprachen gelernt werden sollen; sie erhoffen sich eine polyglotte Jugend, wo es doch bereits mit der Zweisprachigkeit nicht gutsteht. Wer die Enqueten über den Rückgang des Französischen in deutschen Schulen kennt, muss vor so anspruchsvollen Lernzielen skeptisch bleiben. Mit grossen Massen junger vielsprachiger Europäer ist nicht zu rechnen. Nun sind unsere indoeuropäischen Sprachen – der Ausdruck «indogermanisch» ist selber ein Relikt des kulturellen Nationalismus! – bei aller Besonderheit übersetzbar, doch gilt das nicht für alle Bereiche im gleichen Mass. Zwischen Deutschen und Franzosen sind die Traditionen der Rechtsphilosophie und Jurisprudenz – um nur dieses Beispiel zu nennen – dermassen verschieden, dass auf diesem Gebiet die Übersetzungsschwierigkeiten erheblich sind.

Wie immer die Struktur – Konföderation, Föderation, eine Zwischenstufe –, seiner Idee gemäss müsste Europa eine «höhere Schweiz» sein; der Ausdruck stammt von dem tschechoslowakischen Präsidenten Thomas Masaryk, der jedoch dieses Ideal in seiner Republik niemals verwirklichen konnte. Wer die immer wieder auftauchenden, nur mühevoll zu bewältigenden Schwierigkeiten der dreisprachigen Schweiz kennt, wird ahnen, dass ein sechs- bis neunsprachiger Bund nicht mit absoluter Sprachgleichheit funktionieren kann. Dominierende, für schnelle Verständigung nützliche Sprachen anerkennen heisst nicht, die politische Dominanz jener Staaten anzuerkennen, deren Muttersprache eine solche Leitsprache ist, sondern es bedeutet, die Eigenart auf bestimmten Bereichen den Imperativen der Verständigung unterzuordnen.

Sprachliche Balkanisierung kann Wirkungen haben, die jenen einer politischen Balkanisierung gleichen. Doch geht der «Trend» eher als zur gemeinsamen Verständigungssprache zur Aufwertung von Regionalsprachen. Die Iren halten sich zum Glück trotz der Wiederbelebung des Gälischen ans Englische, aber es könnte sein, dass die Katalanen und sogar die Basken als Sprachgruppen, deren



François Bondy, fotografiert von Isolde Ohlbaum/laif.

Autonomie bis zur Selbständigkeit fortschreiten mag, den Anspruch auf linguistische Gleichberechtigung stellen. Immer heftiger wird der französische Sprachzentralismus getadelt, der für das Entstehen einer Kulturnation mit Weltgeltung doch nicht nur Nachteile hat. In manchen bundesdeutschen Ländern wird das Abschleifen von Mundarten zu einer gemeinsamen deutschen Hochsprache als elitär verurteilt. Gewiss wird Europa den Sprachen in ihrer Vielfalt mehr Raum geben als die Nationalstaaten, kann es selber doch niemals zu einer Sprachnation werden. Doch müssten die Konsequenzen einer extremen Vielfalt durchdacht werden.

Eine weitere, den europäischen Völkern gemeinsame Eigenart ist die mangelnde Mobilität der Studenten. Für Studenten ist das Interesse, einige Semester im Ausland zu verbringen – ist Europa noch ganz «Ausland»? – und den Horizont zu erweitern, geringer als die begreifliche Sorge, dadurch die Studienzeit zu verlängern und die Karriere zu gefährden. Die Tendenz zu kürzerer Studienzeit wirkt gegen dieses europäische Erleben im günstigsten Alter. Die Mobilität zwischen Hochschulen verschiedener Staaten ist gering, auch zeichnet sich keine genügende Europäisierung der Curricula ab. Die Kümmerform einer europäischen Universität in Florenz ist nur der Beweis, dass es zu keiner Europäisierung des Hochschulwesens kommt und die Regel national bleibt.

kommentiert von Christa Markwalder

Bondy würde sich heute wohl die Augen reiben

Inzwischen ist die Europäische Union auch ein stolzes Frauenprojekt.

1979 wurde das Europäische Parlament (EP) zum ersten Mal direkt durch die Bürgerinnen und Bürger in den damaligen neun Mitgliedsstaaten gewählt. Nach den Gründerstaaten Westdeutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Niederlande und Luxemburg waren 1973 auch das Vereinigte Königreich, Irland und Dänemark der damaligen EWG beigetreten und die Süderweiterung um Griechenland (später auch um Spanien und Portugal) stand vor der Tür. Die bis heute anhaltende Kritik des «Demokratiedefizits» des europäischen Einigungs- und Friedensprojekts erhielt durch die Volkswahl eine entscheidende Gegenthese: Bürgerinnen und Bürger konnten fortan ihre Volksvertreterinnen und -vertreter direkt wählen, wodurch die demokratische Legitimation des EP entscheidend gestärkt wurde. Seine Kompetenzen wurden mit den Vertragsänderungen stets erweitert, so dass sie sich punkto Budgethoheit, Aufsicht oder Gesetzgebung mit den Befugnissen der eidgenössischen Räte hierzulande vergleichen lassen.

François Bondy, 1915 in Berlin geboren und 2003 in Zürich verstorben, verkörperte dank seiner Jugend in Davos, Lugano und Nizza und seinen Berufsjahren in Paris und Zürich einen kosmopolitischen Lebensstil, den er bei den «Europäern» dieser Epoche zu vermissen schien. Die «Europäerinnen» hingegen kommen in seinem Essay gar nicht vor – sämtliche seiner Referenzen verweisen auf Männer. Bondy würde sich heute wohl die Augen reiben angesichts einer EU-Kommissionspräsidentin, Kommissionsvizepräsidentinnen, Kom-

missarinnen und einer deutschen Kanzlerin, die seit 16 Jahren die Politik auf europäischer Ebene wesentlich mitprägt. Man merke: Das heutige Europa ist auch ein stolzes Frauenprojekt!

Grosse Sorgen machte sich Bondy um die innereuropäische Verständigung über die verschiedenen Sprachgrenzen hinweg, da deren Vielfalt durch die damals anstehenden Erweiterungen noch zunehmen würde. Die Geschichte zeigt jedoch, dass der pragmatische Umgang im Sinne der Gleichberechtigung der verschiedenen Sprachen zwar aufwendig ist (unzählige Übersetzerinnen und Übersetzer arbeiten heute in der EU-Zentrale Brüssel – aber übrigens auch unter der Bundeshauskuppel in Bern). Er ist der Völkerverständigung hingegen dienlich, da jede und jeder sich in der Muttersprache ausdrücken kann und es auf diese Weise keine Vorselection gibt, wer sich politisch auf europäischer Ebene artikulieren kann.

Zugleich beklagte sich Bondy – zu Recht – über die mangelnde Mobilität von Studierenden und liberalen Berufsgattungen, die dadurch die Chance von Horizonterweiterungen als «Civis europaeus» ungenutzt liessen. Doch er konnte noch nicht ahnen, dass sich die Mobilität innerhalb Europas unter anderem dank koordinierten Sozialversicherungssystemen stetig weiterentwickelte, so dass beispielsweise Rentenansprüche auch bei Erwerbstätigkeiten in verschiedenen Ländern erhalten bleiben. 1987 wurde das europäische Hochschulaustauschprogramm Erasmus initiiert. Es fördert genau diese Horizonterweiterungen von Studierenden,

die Bondy in seiner Generation noch schmerzlich vermisste. Obwohl sich die Schweiz schrittweise an Erasmus beteiligen konnte (2014 aber nach der Weigerung des Bundesrats zur Unterzeichnung des «Kroatienprotokolls» aus dem Programm herausfiel), braucht es aktuell wieder politischen Druck aus dem Parlament, damit der Bundesrat den langfristigen Wert dieses Mobilitätsprogramms anerkennt und Verhandlungen über die neue Vertragsperiode 2021–2027 mit der EU einleitet.

Natürlich können gemeinsame Interessen für die europäische Einigung nicht genügen – da stimme ich mit Bondy überein. Es braucht das gemeinsame Wertefundament von Freiheit, Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaat. Sie wurden im damals geteilten Europa nur auf der westlichen Seite des Eisernen Vorhangs gelebt. Die EU-Osterweiterung (für Bondys Generation eine Utopie) wurde 2004 zur Realität. Doch die bedenklichen demokratischen Rückschritte in Ungarn zeugen beispielhaft davon: Es braucht manchmal mehr als eine Generation, um Gemeinschaftshemmendes zu überwinden. Nun wird die Zukunft des Vereinigten Königreichs nach Brexit zeigen, ob es sich inner- oder ausserhalb des europäischen Gemeinschaftsprojekts besser leben und wirtschaften lässt. ◀

Christa Markwalder

ist seit 2003 FDP-Nationalrätin für den Kanton Bern.